

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Poli-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gae in Wildbad.

Nummer 157

Februar 179.

Wildbad, Samstag, den 10. Juli 1920.

Februar 179.

54. Jahrgang

Sonntagsgedanken.

Nimm Sonne mit!

Die Sonne ist empor! Das Licht
liegt selig überm Feld geweitet,
als wär ein liebes Angezicht
mit einem Lächeln überpreiet.

Nun fass, was das Auge faßt!
Lang ein, lang ein! nimm beide Hände!
Dah du des Lichts genugsam hast —
dein Tag ist lang noch nicht zu Ende!

W. Schäfer.

Wochenrundschau.

Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt ist zurzeit auf die in dem kleinen belgischen Badeort Spa tagende Konferenz gerichtet, wo, wie man sagt, der Friedensvertrag von Versailles zum eigentlichen Abschluß gebracht und damit über Deutschlands Schicksal der Würfel geworfen werden soll. Der Oberste Rat hat folgende Punkte auf die Tagesordnung gesetzt: Abrüstung Deutschlands, Kriegsschadensabgütung, die deutsche Kohlenlieferung, Aburteilung der vom Verband angeführten deutschen Militärpersonen und die Danziger Frage. In den Verhandlungen über die einzelnen Fragen führt im Namen aller Verbündeten immer einer der anwesenden Ministerpräsidenten das Wort und zwar für England Lloyd George, für Frankreich Millerand, für Italien der Außenminister Sforza, für Belgien de la Croix. Deutschland ist eingeladen, an den mündlichen Verhandlungen teilzunehmen mit Ausnahme der Entscheidung über Danzig. Was aus dieser rein deutschen Stadt gemacht werden soll, geht die Deutschen nach Ansicht des Obersten Rats nichts an. Die Konferenz scheint unter keinem besonders günstigen Stern zu stehen. Wenn die Besprechungen von San Remo auf Grund der Neußerungen Lloyd Georges vielleicht bei manchen noch die Erwartung einer für Deutschland günstigen Abänderung des Vertrags von Versailles wachrufen konnten, so hat die Beharrlichkeit der Herren Millerand und Foch die Aussichten stark herabgemindert. In den folgenden Besprechungen der beiden Staatszentren in Sythe, Boulogne und Brüssel siegte der französische Duktus fast vollständig. Lloyd George gab sogar in der Entwaffnungsfrage, in der er in San Remo zu ziemlich weitgehenden Zugeständnissen an Deutschland sich bereit erklärt hatte, nach und die französische Presse konnte in voriger Woche triumphierend verkünden, in der Entwaffnungsfrage bestehe zwischen den Verbündeten volle Uebereinstimmung.

Als am 5. Juli die eigentliche Konferenz in Anwesenheit der deutschen Vertreter begann, da gab es gleich einen bösen „Zwischenfall“: Wider Erwarten war als erster Punkt die Entwaffnungsfrage auf die Tagesordnung gesetzt und unglücklicherweise hatte für diese Frage gerade Lloyd George die Wortführung. Die deutschen Sachverständigen, Reichswehrminister Fehrer und General von Seekt waren noch nicht da. Lloyd George war sehr ärgerlich, daß wegen des Fehlens der deutschen Sachverständigen gleich die erste und zwar die ihm geleitete Sitzung abgebrochen und auf den nächsten Tag verschoben werden mußte, bis die sofort herbeigerufenen Reichsbeamten eingetroffen waren. In der Sitzung vom 6. Juli war er dann sehr ungnädig und grob. Die vom Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Simons abgegebenen Erklärungen ließ er nicht gelten, ebensowenig die Gründe, die vom Reichswehrminister gegen die Entwaffnung vorgebracht wurden. Er befahl — man kann nicht anders sagen — eine „Mare und wahre Aufstellung“ und hob dann die Sitzung auf. In der dritten Sitzung am 7. Juli war die Stimmung nicht viel besser und es ist bezeichnend, daß die deutschen Blätter einen „Erfolg“ darin erblicken wollen, daß überhaupt noch weiter verhandelt wurde. Welche ruhende Bescheidenheit! Nicht geringes Aufsehen erregte die Mitteilung des Generals v. Seekt, daß von den deutschen Waffenbeständen u. a. etwa 3 Millionen Gewehre verschwunden seien. Das veranlaßte Lloyd George zu dem Wort von bitterer Wahrheit: Dann habe die Regierung in Deutschland entweder nicht den Willen oder nicht die Macht, diesem unerhörten Zustand, der die größte Gefahr für Europa bilde, ein Ende zu machen. Die verborgenen Waffen müssen unter allen Umständen beiseite geschafft werden. — Wie das zu machen

ist ohne starke Reichswehr, ohne Sicherheits- und Polizeiwehr, die ja bekanntlich aufgelöst werden sollen, das hat Lloyd George nicht gesagt.

Die Lage ist sehr ernst geworden. Statt auf die Gründe der deutschen Vertreter irgendwie einzugehen, hat der Oberste Rat ihnen am 8. Juni ein barisches Diktat über die Entwaffnungsforderung übergeben, das bis Freitag, den 9. Juni, vormittags 11 Uhr unterzeichnet sein soll. Das Diktat enthält neue erschwerende Bestimmungen, vor allem die, daß die Verbündeten auch nach dem Vertrag von Spa wie nach dem von Versailles berechtigt sein sollen, weitere deutsche Gebiete, so namentlich das Ruhrgebiet zu besetzen. Das Ruhrgebiet soll den Franzosen in die Hände gespielt werden, — das scheint der Preis für die französische Unterstützung in Kleinasien zu sein. Es wäre sinnwidrig, hier noch von Verhandlungen zu reden. Die Deutschen sollen einfach unterschreiben was sie soeben für unausführbar erklärt haben, es wird ihnen also die gleiche unwürdige Rolle zugemutet, die sie in Versailles spielen mußten. Wie geringfügig die deutsche Vertretung in Spa, wo sie bekanntlich nicht in der Stadt wohnen darf, behandelt wird, geht auch daraus hervor, daß man den Reichskanzler und seine Begleitung nicht davon in Kenntnis setzte, daß wegen der längeren Sonderberatung der Verbündeten die auf Donnerstag anberaumte vierte Sitzung verschoben werden mußte. Punkt 12 Uhr mittags erschien der Reichskanzler im Verhandlungsaal, aber die Deutschen blieben anderthalb Stunden allein, bis es ihnen schließlich zu dumm wurde und sie in ihre Außenquartiere zurückkehrten.

Endlich um 5 Uhr wurden sie wieder einberufen, nachdem ihnen inzwischen das Diktat zugestellt worden war. Die deutsche Vertretung lehnte nun die Verantwortung ab und setzte sich mit der Reichsregierung bzw. dem Reichsrat in Verbindung. Es ist keine Frage: Deutschland darf sich die Demütigungen von Versailles nicht ein zweites Mal mehr gefallen lassen, alle Ehre und Würde wäre dahin. Aber was tun? Wird das Diktat unterschrieben, so muß der Vertrag bis zur letzten, wenn auch noch so unmöglichen Forderung ausgeführt werden, sonst erfolgen immer neue Strafbesetzungen. Wird er nicht unterschrieben, so werden zunächst das Ruhrgebiet und vielleicht einige Städte am Niedar und Main besetzt. Besetzt wird also im einen wie im anderen Fall. Nach einem solchen Anfang ist aber auch für die weiteren Verhandlungen, die Millerand möglichst kurz fassen möchte, nichts Gutes zu erwarten. Spa ist keine Konferenz mehr, sondern ein Gericht wie Versailles. So hatte es die französische Presse prophezeit. Auch die auf 23. Juli vorgesehene internationale Finanzkonferenz in Brüssel, auf der die Geldfragen und die Deutschland auszuwerfende Milfordanleihe behandelt werden soll, dürfte nicht mehr viel Wert haben, zumal auch in Amerika das Interesse daran stark abgekühlt sein soll.

Am 11. Juli soll in Masurien und Ermland (Ostpreußen), sowie in einem Teil Westpreußens darüber abgestimmt werden, ob diese Länder bei Deutschland bleiben oder mit Polen vereinigt werden sollen. In Ost- und Westpreußen gibt es nichts mehr abzumitteln. Die Majoren sind ein germanisch-slavisches Mißverhältnis von streng deutscher Gesinnung. Die Zustimmung einer Abstimmung haben sie als eine Beleidigung empfunden. Die Ermländer sind rein deutsch. In Westpreußen sind leider schon gut deutsche Landstriche, mit wenig polnischer Bevölkerung untermischt, gewalttätig vom Reich losgerissen, was noch übrig ist, ist stark überwiegend oder rein deutsch. Die Abstimmung wäre also ganz überflüssig, wenn die auch in zahlreichen anderen Fällen als ganz unzulänglich erwiesenen geographischen Kenntnisse der Versailler Größen nicht die Verwirrung angeflutet hätte, aus der die ränkehaltigen Polen nun mit den schwächlichen Mitteln so viel als möglich herauszuschlagen suchen.

Diese „edlen Polen“ hätten es allerdings nicht nötig, gegen Deutschland, das ihren Frechheiten gegenüber eine ruhende Gebuld bewahrt, die ganz unpassende Rolle des Siegers und Herrn zu spielen. Ihr anmaßlicher Krieg nach zwei Fronten, nach Westen gegen Deutschland und nach Osten gegen Rußland, hat die Schwäche des polnische Staatswesens klar aufgezeigt. Die Russen haben in den letzten Tagen die ganze polnische Front von der litauischen Grenze bis zu den Karpaten eingedrückt und das

polnische Heer weicht hastartig zurück. „Das Reich ist in höchster Gefahr“, rief der „Generalschmarhall“ von Frankreichs Gnaden Pilsudski. Es wurde ein Staatsstreik gemacht, die Regierung abgesetzt und ein vorwiegend militärischer „Ausbruch zur Landesverteidigung“ von 15 Köpfen eingesetzt. Der eben erst gewählte Landtag, Sejm genannt, wurde heimgeschickt, wahrscheinlich hätte er auch nichts geleistet, denn er besteht — echt polnisch — einschließlich der Gruppe der Parteiloosen aus 15, sage und schreibe fünfzehn Parteien bei einer Zahl von 412 Abgeordneten. Der „Oberste Rat“ ist mit diktatorischer Gewalt ausgestattet und er verhängte sofort den Kriegszustand über das Land. Auf die Deutschen, die mit den brutal losgerissenen Ländern unter polnische Herrschaft gekommen sind, wird förmlich Jagd gemacht, um sie ins polnische Heer zu zwingen und diese deutsche Mannschaft scheint die Hoffnung der Polen zu sein — viele haben sich allerdings dieser Aushebung durch die Flucht nach Deutschland entzogen. Die französische Diktatur bis jetzt recht mager geblieben, von den Schwarzen möchten die Polen wahrscheinlich selbst verschont bleiben. England hat aber seine Unterstützung abgelehnt. Es steht mit Rußland aus Turda vor der drohenden Revolutionierung in Persien, Indien und am Kaukasus in Unterhandlungen und darf die Bolschewisten in diesem Augenblick nicht vor den Kopf stoßen. Die polnische Niederlage ist an der Ostfront unabwendbar und sie kann von den schwersten Folgen begleitet sein. Nicht weniger bedeutungsvoll wird aber die Niederlage sein, die die Polen am 11. Juli an der Westfront erleiden werden. Auch hier wird der polnischen Großmannsjagd ein fester Damm entgegengesetzt werden.

In den Vereinigten Staaten hat die demokratische Partei auf ihrem Parteikonvent in San Francisco nach endlosen Wählungen ihren Kandidaten für die Präsidentschaft aufgestellt. Es muß nämlich unter den von der Partei vorgeschlagenen Kandidaten so lange ausgewählt werden, bis einer mindestens zwei Drittel aller Stimmen erhält. 44 Wählgänge waren nötig, bis endlich der Gouverneur von Ohio, James M. Cox, einstimmig gewählt war, nachdem im 43. Wählgang noch McAdoo, der Schwiegersohn Wilsons, als letzter Mitbewerber übrig geblieben war. Der Durchfall McAdoos ist ohne Frage auch als eine Abgabe der demokratischen Partei an ihren einstigen Führer Wilson und seine wehrliche Politik zu betrachten und dieser Mann der 14 Punkte ist nun von allen Seiten verlassen, nach innen und außen. Ein herbes, aber nicht unverdientes Geschick. Alle Schuld rächt sich auf Erden. Am ersten Dienstag im November 1920, am 2. November, werden in den Vereinigten Staaten die Wahlmänner gewählt, die am zweiten Montag des Jahres 1921 die Präsidentschaft förmlich auszuführen haben. Mit dem 2. November endet also die Herrlichkeit Wilsons, die lange nach außen so glänzend schien und doch so wenig in sich barg. — Der demokratische Kandidat Cox ist wie der republikanische Gegenkandidat Harding Journalist und Zeitungverleger.

Die Konferenz in Spa.

Spa, 8. Juli.

Die heutige Sitzung der Konferenz wurde um 1/2 4 Uhr im Schlosse de la Fromense eröffnet. Lloyd George teilte im Namen der Verbündeten mit, daß Deutschland, sofern es sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehr und der Sicherheitspolizei schreite, für die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann eine Frist von sechs Monaten zugestimmt sei. Die Herabsetzung hat in zwei Raten bis zum 1. Oktober 1920 auf 150 000, bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann stattzufinden. Minister Dr. Simons betonte, daß eine so bedingte Fristverlängerung eine einseitige Auflage des Verbands darstellen würde, nicht ein Abkommen unter den verhandelnden Parteien. Lloyd George antwortete, daß die Verbündeten darauf beständen, daß wir das Programm mit diesen Abmachungen annehmen. Demgegenüber erklärte Minister Dr. Simons, daß wir das nicht tun könnten, ohne vorher eingehend über die Angelegenheit beraten zu haben. Die Konferenz wurde dann um 5 Uhr auf Freitag vormittag 11 Uhr vertagt. Die Mitglieder der deutschen Vertretung sind sofort nach Rückkehr von der Konferenz zu einer Besprechung zusammengetreten.

Die Entwaffnungsbedingungen.

Der Beschluß der Verbündeten in der Entwaffnungsfrage, den die deutsche Abordnung bis Freie

tag vormittag 1/11 Uhr unterzeichnen soll, lautet:

1. Deutschland schreitet unverzüglich zur Entwaffnung der Reichswehr und der Sicherheitswehr.

2. Deutschland erläßt eine Kundgebung, in der die sofortige Ablieferung aller in privatem Besitz befindlichen Waffen unter Androhung wirksamer Strafen verlangt wird. Für den Fall, daß die Regierung in den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht genügend Unterlagen hat, sollen gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, die auf diesem Gebiet die Vollmachten der Regierung erweitern.

3. Deutschland wird unverzüglich alle Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, den obligatorischen Militärdienst abzuschaffen und die Armee mit der langfristigen Anwerbung, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen ist, zu bilden. Deutschland liefert den Verbündeten zur Zerstörung aus und hilft ihnen zerstören alle Waffen, sowie sämtliches Heeresmaterial, das sich in Deutschlands Besitz befindet, das die durch den Friedensvertrag zugestandenen Mengen überschreitet.

In Anwendung derjenigen Bestimmungen des Friedensvertrags über die Wehrmacht wie über die Luftfahrt, die noch keine Ausführung gefunden haben, erklären sich die Alliierten damit einverstanden:

a) Die Frist, die für die Verminderung der Streitkräfte der Armee vorgesehen ist, bis zum 1. Oktober zu verlängern. Zu diesem Zeitpunkt muß das Heer auf 150 000 Mann beschränkt sein und höchstens zehn Reichswehrbrigaden umfassen. Die Alliierten erklären sich weiter mit einer am 1. Januar 1921 ablaufenden Frist einverstanden. Zu diesem Zeitpunkt muß die Ermäßigung der Streitkräfte auf 100 000 Mann, wie im Friedensvertrag vorgesehen, vollendet sein.

b) Die Regierung wird ermächtigt, in der neutralen Zone bis zum 1. Oktober diejenigen Streitkräfte zu unterhalten, deren Zahl der militärische Ueberwachungs-ausschuß der Verbündeten ihr bekanntgeben wird, um an der Sammlung der Waffen teilzunehmen.

c) Alle notwendigen Maßnahmen müssen ergriffen werden, um den Waffenschmuggel aus dem besetzten Gebiet nach allen Teilen Deutschlands zu verhindern. Wenn zu irgend einem Zeitpunkt vor dem 1. Januar 1921 die Verbündeten Ueberwachungs-ausschüsse in Deutschland feststellen, daß die Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarung nicht loyal ausgeführt werden, z. B. wenn am 1. September die vorgezeichneten Verwaltungs- und gesetzgeberischen Maßnahmen nicht ergriffen worden sind, nicht in weitgehendstem Maße veröffentlicht worden sind, wenn die Zerstörung und Auslieferung des Kriegsgeräts nicht normalen Fortgang nehmen, wenn am 1. Oktober das deutsche Heer nicht auf eine Ziffer von 150 000 Mann beschränkt ist und höchstens zehn Reichswehrbrigaden umfaßt, werden die Verbündeten zur Besetzung eines neuen Teils des deutschen Gebiets schreiten, sei es das Ruhrgebiet, sei es jedes andere Gebiet und werden dieses Gebiet erst an dem Tage räumen, wo alle Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarung restlos erfüllt sind.

Die Entwaffnungs-Bedingungen mit Vorbehalt angenommen.

Spa, 9. Juli. Wie der Vertreter des WTB. erklärt, ist die deutsche Regierung einstimmig zu dem Entschluß gekommen, die von der Entente in der gestrigen Konferenz gestellten Bedingungen in der Frage der Entlassung und der Herabsetzung der Heeresstärke anzunehmen. Die vorzunehmenden Strafbestimmungen bei Nichterfüllung dieser Bedingungen seien aber eine Abänderung des Versailleser Friedensvertrags, zu deren Unterzeichnung die deutsche Regierung der vorherigen Zustimmung der reichsgesetzgeberischen Faktoren bedürfe. Man hofft, daß in der heutigen Sitzung der Konferenz eine Formel gefunden wird, die diesen Bedenken der deutschen Regierung Rechnung trägt.

Nach einer Havasmeldung sind die Bedingungen der Verbündeten von den deutschen Bevollmächtigten um 11.15 Vormittags unterzeichnet worden.

Nach dem Pariser „Intransigent“ wird über die „Kriegsbeschuldigten“ auf der Konferenz nicht verhan-

delt werden, sondern es soll den Deutschen einfach ein Bericht (auch ein Diktat? D. Schr.) übergeben werden.

Havas berichtet: Bei der Prüfung des von General von Seeckt vorgelegten Materials wurde die Zerstörung von 14 000 Geschützen, 5000 Maschinengewehren und 750 000 Handwaffen als tatsächlich ausgeführt anerkannt. Die Sachverständigen der Verbündeten weigerten sich aber, den Deutschen Ziffern bezüglich des noch zu vernichtenden Materials zuzustimmen, da man fortwährend noch weitere Vorräte ausdeckt. Man weiß nur, daß wenigstens die Hälfte des deutschen Materials noch nicht zerstört ist.

Berlin, 9. Juli. Gestern Abend fand im Beisein des Reichspräsidenten eine Besprechung der hier anwesenden Mitglieder des Kabinetts über die Lage in Spa statt. Daran schloß sich eine Besprechung mit den Parteiführern, an der auch Mitglieder des preussischen Kabinetts teilnahmen. Für heute morgen 8 Uhr war eine gemeinsame Sitzung des Haushaltsausschusses und des Reichsrats einberufen. Die Besprechungen waren streng vertraulich.

Neues vom Tage.

Partei-Verhandlungen in Bayern.

München, 9. Juli. Zwischen den verschiedenen Fraktionen des Landtags finden Verhandlungen über die Bildung einer tragfähigen Regierung statt. Der Landtag wird am 15. Juli sich mit der Frage beschäftigen.

Wegen Vorbereitungen zu einem Generalkrieg sind verschiedene Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei verhaftet worden. Bis auf einen sind sämtliche wieder auf freien Fuß gesetzt.

Paris, 9. Juli. Das spanische Königspaar hat gestern Paris wieder verlassen, um sich nach London zu begeben.

Der internationale Gerichtshof.

Haag, 9. Juli. Der juristische Beratungskommission genehmigte gestern unter Vorbehalt einer zweiten Lesung den Entwurf zur Schaffung des ständigen internationalen Gerichtshofs. Der Gerichtshof soll sich aus 11 Richtern und 4 Ergänzungsrichtern zusammensetzen.

Frühe Namensänderungen.

Rotterdam, 9. Juli. Den englischen Blättern zufolge hat der Gemeinderat von Kingston, einer Vorstadt von Dublin, beschlossen, den Namen der Stadt Dublin in Dunlooghire umzuwandeln. Der Gemeinderat beschloß ferner, die englischen Straßennamen in irische umzuwandeln. Schecks und Wechsel müssen in irischer Sprache ausgestellt werden. Ueberall in Irland, sogar in Ulster (dem englandfreundlichen Teil Irlands), sollen die Gemeinderäte diesem Beispiel folgen.

Neuer Balkanbund?

Paris, 9. Juli. Der „Temps“ meldet aus Sofia, der bulgarische Ministerpräsident Stamboliski bemühe sich, einen Bund der Balkanstaaten herbeizuführen.

Kriegs-Jabotage der Seelente.

London, 9. Juli. Der „Times“ zufolge will der australische Seemannsbund eine Konferenz der Seemanns-Organisationen aller Länder in Anregung bringen, auf der festgestellt werden soll, wie künftig Kriege unmöglich gemacht werden, indem die Besatzung der Schiffe verweigert wird.

Krieg im Osten.

Wien, 9. Juli. Die Polen sind vollständig geschlagen, sie sind größtenteils in völliger Auflösung. Ihre Lage wird dadurch noch gefährlicher, daß die Bevölkerung in der Ukraine, die von ihnen schwer bedrückt worden ist, sich gegen sie erhoben haben.

General Brussilow erklärte einigen Pressevertretern, die Polen können gegen Rußland nicht mehr aufkommen. Die Russen werden den Polen bald einen Frieden aufzwingen.

London, 9. Juli. Laut „Times“ hat die englische Regierung Polen aufgefordert, die Unabhängigkeit Litauens anzuerkennen und ihnen die Stadt Wilna abzutreten.

Die polnischen Behörden sind wegen des russischen Siegs an der Verejina aus Wilna geflohen. Die Besatzung ist unbeschreiblich. Litauische Truppen sind an die Grenze abgezogen.

Spa, 9. Juli. Die Konferenz trat nach Erledigung der militärischen Frage sofort in die Besprechung der Frage der sogenannten Kriegsverbrecher ein. Nach den Ausführungen des deutschen Justizministers Heinke schlug Lloyd George vor, die Einzelheiten der Frage einer Besprechung der Justizminister zu überlassen. Die Sitzung wurde kurz nach 1 Uhr vertagt. Die Sonder-sitzung der Justizminister findet heute nachmittags 3 Uhr und die Plenarsitzung heute nachmittags 1/5 Uhr statt, um die Beratung über die Kohlenfrage zu be-ginnen.

Minister Gekler und General von Seeckt sind nach Ber- lin zurückgereist.

Nach dem „Echo de Paris“ wurden Deutschland bezüg- lich der militärischen Klauseln in dem Versailleser Ver- trag folgende Zugeständnisse gemacht: 1. Nicht ein- geschlossen in die 4000 deutschen Offiziere, die durch den Vertrag Deutschland zugestanden sind, sind die Ärzte und Veterinäre, deren Zahl auf 300 bzw. 200 festge- setzt wurde, ferner 735 Verwaltungsoffiziere. 2. Deutsch- land kann eine Reserve von 5000 Gewehren und 2 Mil- lionen Patronen halten. 3. Geringfügige Erhöhung der Zahl der Maschinengewehre. 4. Deutschland erhält das Recht, vorübergehend in der neutralen Zone 10 Batail- lone, 5 Schwadronen und 1 Batterie zu unterhalten. Wei- tere zwei Forderungen Deutschlands wurden abgelehnt.

London, 9. Juli. Am 9. Juli erhielt die polnische Armee den Befehl zum Rückzug auf der ganzen Front. Dieser Rückzug bedingte die Aufgabe von Minsk und Komno, die sich in den Händen der Roten Truppen befinden.

Streik der italienischen Landarbeiter.

Mailand, 8. Juli. Die Blätter veröffentlichen Nach- richten aus Andria über die Lage in der dortigen Gegend, die sich immer mehr zuspitzt. Die Telefon- und Tele- graphendrähte sind durchschnitten worden. Die Stadt ist abgeschnitten, da das Personal der Eisenbahn Bari—Bar- netta in den Streik getreten ist. In der Gegend fehlen Lebensmittel. Auf einem großen Gute bei Bari sind beträchtliche Mengen Getreide in Brand gesteckt und angeblich 15 000 Zentner vernichtet worden. In der Pro- vinz Ferrara sind neue Gewalttakte vorgekommen. Die Landarbeiter hatten dort die Arbeit teilweise wieder auf- genommen.

Dyer gemahregelt.

London, 8. Juli. Minister Churchill teilte im Unter- haus mit, daß der englische General Dyer, der in Amritsar bei einem Tumult einige hundert Indier nieder- geschossen ließ, zur Disposition gestellt worden sei.

Konstantinopel, 8. Juli. Nach englischen Melbun- gen haben englische Seestreitkräfte Madana und Onemed eingenommen. Die Türken haben Brussa geräumt.

Berlin, 8. Juli. Die Meldung, daß ein Diplomat der Verbündeten den Reichskanzler Fehrenbach in Ken- tnis gesetzt habe, daß die militärischen Fragen in Spa an erster Stelle verhandelt werden sollen, ist frei er- funden.

Spa, 8. Juli. Die auf 12 Uhr anberaumte Sitzung der Konferenz ist auf 4 Uhr nachmittags verschoben worden.

Paris, 8. Juli. Der „New York Herald“ meldet, Lloyd George habe dem polnischen Außenminister Patek in Spa den Rat gegeben, mit den Bolschewisten Friedensverhandlungen einzuleiten; England könne weder Truppen noch Kriegsmaterial liefern, da Polen den Angriff auf Rußland gegen den Rat Englands un- ternommen habe. Frankreich allein sei nicht imstande, zu helfen.

Streik.

Leipzig, 8. Juli. Die Bergarbeiter des Meusel- witzer Braunkohlenbedens sind in den Ausstand getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung, die ihnen nur zum Teil bewilligt wurde.

Schweizerische Sorgen.

Frauenfeld, 8. Juli. In der Turgauer Zeitung wird die Befürchtung ausgesprochen, daß nach der Aufhebung des Grenzschutzes am 24. Juli Tausende von Arbeitslosen und unsicheren Elementen aus Deutschland in die Schweiz

Wessen Bild trägst du im Herzen?

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

IV.

Magelone ließ die Hände von den Tasten sinken, aber die ihre Finger seit einer halben Stunde mechanisch hinge- stützt waren, und blühte nach der großen Steuhr, deren Pendel sich so feierlich und langsam hin und her bewegte, als sei er jeden Augenblick im Begriff, stehen zu bleiben.

Erst vier Uhr! Da dauert es wohl noch Stunden, ehe Egon wiederkam.

Im Haus war es unheimlich still. Nichts als der träge Pendelschlag der Uhr zu hören, und als Gegensatz dazu ein leises Ticken in der Bibliothek nebenan, wo am Kamin- sim eine kleine vergoldete Reiseuhr stand, die es immer so eilig hatte, als wollte sie die Zeit überholen.

Magelone stand auf und trat ans Fenster. Es lag nach Norden zu und bot den Ausblick auf eine endlose flache Ebene: Felder, Ziehbrunnen, winsige strohgedeckte Hütten, hier und da ein verschwommener grauer Fied mit einem Kirch- turm in der Mitte: Dörfer.

Es machte traurig, da hinauszublicken. Etwas wie verhaltene Sehnsucht lag über der eintönigen Landschaft. Im Süden sah man wenigstens Wald. Er sollte sich, wie Frau Szaba erzählte, mit kurzen Unterbrechungen bis an die Donau ziehen, hinter der schon serbisches Land begann.

Diese unermeßlichen, von Sümpfen und Wasserläufen durchzogenen Wälder, deren Wildreichtum Egon so sehr an- zog!

Die junge Frau unterdrückte einen Seufzer.

Ach ja, sie war ja ein wenig eifersüchtig auf diese Wä- der, in denen ihr Gatte so viel Zeit verbrachte, denen er mit

stolz leuchtenden Augen zueckte und aus denen er dann meist so ermüdet heimkehrte, daß er wenig mehr aufgelegt war, zu plaudern.

Fünf Tage waren sie nun hier auf Dirschau und jeden Tag gab es dasselbe Programm: Um vier Uhr war- tete der Förster unten auf Egon, der sich leise, um sie ja nicht zu wecken, von seinem Lager stahl, auf die Pirsch ging und erst gegen neun Uhr zum Frühstück kam.

Vormittag fuhr er dann mit ihr spazieren. Meist nach Norden in die große Ebene hinein, weil es nur dort halb- wegs gute Straßen gab. Manchmal auch ritten sie zusammen aus. Dann ging's nach Westen oder Süden zwischen den Aus- läufern der Wälder hin.

Um eins wurde gegessen. Nach Tisch rauchte Egon seine Zigarre im Park und Magelone leistete ihm dabei mit einer Handarbeit Gesellschaft. Bis dann um drei Uhr der Förster schon wieder kam, ihn abzuholen.

Die Abende waren kurz, denn Egon war müde und drängte zum Schlafengehen. Um zehn Uhr lag man meist bereits im Bett.

Magelone langweilte sich nie. Sie war eine große Natur- freundin und genoß die wechselnden Stimmungen dieser ihr fernden, durch ihre Unberührtheit doppelt reizvollen Ge- gend mit liebendem Verständnis. Auch gab es auf Dirschau eine interessante Bibliothek und viel kostbaren Hausrat, den frühere Besitzer aus aller Herren Länder hier zusammenge- tragen hatten. Endlich war ihr Innenleben viel zu reich, um sie den Umgang mit Menschen je vermissen zu lassen. Gerade auf die Stille und Einsamkeit des weltentfernten Jagdschloßchens hatte sie sich ja gefreut.

Und doch kam es von Tag zu Tag mehr wie Enttäus- chung über sie! Was sie schon während ihrer kurzen Braut- zeit bekommen gefühlt hatte, das empfand sie nun hier plöz- lich als schmerzhaftes Erkenntnis: ihr Gatte, den sie heißer

liebte als je, trug kein Verlangen, ihr innerlich näher zu treten! Nie kam das Wort Liebe über seine Lippen. Nie erwärmte sich sein Blick, wenn er dem ihren zufällig be- gegnete. Nie blieb er dann auf ihr ruhen. Hastig, fast scheu, glitt er von ihr ab auf leiblose Dinge.

So höflich und aufmerksam er war, empfand Magelone es doch immer deutlicher, daß jedes Alleinsein mit ihr für den Gatten heimlich Zwang bedeutete.

Selbst seine gelegentlichen Anwandlungen von Zärtlich- keit hatten etwas Zerstreutes, Gewinnenes. Nicht anders, als erinnere er sich jäh in widerwillig erwachtem Pflicht- gefühl daran, daß sie schließlich doch seine junge Frau sei und man eigentlich die Pflichtenwochen hier verbrachte.

Sie litt namenlos unter dieser Erkenntnis und zerbrach sich vergeblich den Kopf darüber, was eigentlich zwischen ihnen stand wie eine Mauer, aber die es kein Hinüber gab. Liebte er sie denn nicht ein bißchen? Hatte sie ihn irgendwie ge- trübt, abgelehnt, enttäuscht?

Ihr selbst war der Mund verschlossen durch seine Kühle und er wußte ihr offenbar nichts zu sagen. Beschämt und schmerzlich lächelte Magelone, daß sie ihm in ihrer unbe- hoffenen Schweigsamkeit langweilig sein müsse. Ach, und wie anders hätte sie sein können!

Gräbelnd schritt sie durch die Gemächer. Lesen, musizieren, handarbeiten — nichts machte ihr heute Freude. Es war eine dumpfe Ruhe in ihr, die sie durch nichts ver- treiben ließ. In vier Wochen war ihr Aufenthalt hier zu Ende, dann ging's zurück nach Deutschland und abermals begann ein neuer Lebensabschnitt. Dieser hier aber, an dem Magelone so viele süße Hoffnungen geknüpft hatte, verarm- tet und ungenüht! Und wenn sie einander hier in der Ein- samkeit nicht näherkamen, wie sollte es dort geschehen, wo beständig Menschen um sie sein und das Hölleleben mit seinem konventionellen Zwang jeden intimen Gedankenaustausch

hereinkommen könnten. In Konstanz werde bereits auf die Einreiseerlaubnis aufmerksam gemacht.

Gardiner über die Absichten Frankreichs.

Amsterdam, 8. Juli. In einem Aufsatz über Deutschland zieht der bekannte englische Publizist Gardiner die Schlussfolgerungen, die sich aus seinen Untersuchungen ergeben. Er schreibt u. a.: Die Franzosen hatten zwei Ziele, die sich miteinander nicht vereinen ließen. Das erste war, Deutschland zu zermalmen und in Stücke zu brechen, es mit einem Ring von Feinden zu umgeben und ihm die Quellen seiner Macht und seines industriellen Lebens zu nehmen. Das zweite war, von Deutschland ungezählte Milliarden zu erlangen. Deutschland sollte erst zerstört werden und dann bezahlet.

Johann Orth. Das Gerücht über den Tod Johann Orths wird entschieden in Abrede gezogen. Die holländische Botschaft in Rom erklärt, daß Mothenberg tatsächlich ein im Jahre 1846 geborener Holländer war.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 9. Juli.

5. Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift Staatspräsident Dr. v. Heber das Wort zu einer Erklärung:

Am Donnerstagabend ist bei der württ. Regierung von Berlin die Aufforderung eingetroffen, sofort zu dem feindlichen Ultimatum in Spa bezüglich der Auflösung der Einwohner- und Sicherheitwehren und Herabsetzung der Reichswehr Stellung zu nehmen. Das württ. Staatsministerium hat sofort beraten und dem württembergischen Bevollmächtigten in Berlin folgende einmütige Stellungnahme des Ministeriums übermittelt: „Bezichtig auf Polizei- und Einwohnerwehre unmöglich (Beifall in der Mitte und rechts), weil gleichbedeutend mit der Auflösung jeder staatlichen Ordnung. Bezüglich der Reichswehr wird Entscheidung der Reichsregierung überlassen.“ — Von einem weiteren sachlichen Eingehen auf diese Dinge bitte ich abzusehen.

Dann tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Hg. Keil (S.): Dem fürchbaren Ernst der Lage wurde von Abg. Bazille nicht Rechnung getragen. Ich habe die Befürchtung, daß seine Rede den deutschen Vertretern in Spa schlecht bekommen wäre, wenn sie bekannt geworden wäre. (Zurufe rechts: Angstmeier!) So wie Bazille muß man reden, wenn man den letzten Hoffnungskeim auf Aenderung des Friedensvertrags erlösen will. Nur eine vernünftige europäische Politik muß in Spa getrieben werden. Deutschland muß leben, weil Europa untergehen könnte. Der Ausfall der Wahlen ist ein Zeichen der festlichen Schwankungen. Wenn die Wähler das Wahlergebnis betrachteten, so wären sie verwundert, daß sie einen Zustand der Regierungsunfähigkeit schufen im Reich und Land. Für die Wähler war es eine Enttäuschung, daß die U.S.P. die Beistellung an der Regierung ablehnte. Bei der Wahl des Staatspräsidenten haben wir zum Ausdruck gebracht, daß wir eine Rechtsregierung nicht wollen. Den Weg der bürgerlichen Mitte werden wir nicht zu versperren suchen. Viel versprochen wir uns von dieser Regierung nicht. Wir werden ihr kühl und nüchtern gegenüberstehen und sie sachlich beurteilen. Bald wird eine neue Verfassung kommen. Die Sozialdemokratie darf nicht ausgeschaltet werden (Bazille: das will niemand); auch die sozialistischen Beamten dürfen nicht zurückgedrängt werden. Die Bemerkung der Regierungserklärung, daß die Tätigkeit bei der Anstellung der Beamten den Ausschlag geben soll, ist entweder überflüssig oder, wenn sie einen Zweck verfolgt, bedenklich. Die Regierungserklärung hat einen trockenen Ton und einen bescheidenen Inhalt. An der Frage der Lebensmittelpreise ist die Regierung rasch vorübergegangen. Man soll den Selbstkostenpreisen der Landwirtschaft doch einmal die Steuerleistungen zugrunde legen, dann wird etwas anderes herauskommen; aber die Bauern legen die Schleichhandelspreise zugrunde. Die Milchpreiserhöhung war ungeheuerlich. Redner kritisiert das Verhalten des bisherigen Ernährungsministers Graf; ein Minister müsse eine festere, männlichere und würdigere Haltung haben mit Tatkraft. Gegen die von der Regierung beantragte Einsetzung eines Untersuchungsausschusses sei nichts einzuwenden; nur soll er alles untersuchen dürfen, nicht nur bis 1. November 1918.

Vizepräsident Dr. Roth: Ein Änderungsantrag der U.S.P. verlangt, den Ausschuss vom 1. August 1914 an untersuchen zu lassen.

Hg. Scheef (D.D.P.) bespricht die einzelnen Punkte des Regierungsprogramms. An Sparsamkeit ist das äußerste zu leisten. Eine wesentliche Vereinfachung der Staatsverwaltung auf allen Gebieten muß folgen. Von den Beamten erwarten wir innere Unabhängigkeit und Freiheit, aber auch Einführung in die neuen staatlichen Verhältnisse. In den Kreisen der Unversitätssprecher ist noch nichts davon zu merken. Wir bedauern die Vorgänge in Ulm, Ravensburg und Alten. Das vergessene Blut kommt auf die Räuberschlösser. Die Gemeindevormaltungen ringen schwer um ihre finanzielle Zukunft. Redner beantragt Maßnahmen zur Schöpfung der Gebäudebrandversicherung. Auf wirtschaftlichem Gebiet brauchen wir Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die Erwerbslosen müssen volkswirtschaftliche Werte schaffen durch den Neubau von Eisenbahnen und des Redarkanal. Der Arbeiter ist an dem Erfolg der Arbeit zu interessieren. Die Akkordarbeit ist wieder einzuführen, die Frauennarbeit auf ein anderes Gleis zu schieben. Die Hebung der Wohnungsnot kann nur durch Freigabe der Privatunternehmung im Baugewerbe und der Verwaltung und Bewirtschaftung der Baustoffe erreicht werden. Dringend ist die Anstellung von volkswirtschaftlich schädlichen Großgrundbesitz. Wir sind keine Freunde von der Zwangsgrundbesitz, aber für Getreide und Milch ist sie beizubehalten. Bauernbund und Bürgerpartei haben durch hemmungslose Agitation den Bauernstand auf falsche Wege gebracht. (Unruhe rechts.) Bei weiteren polemischen Ausführungen gegen die Rechte kommt es zu so lebhaften Auseinandersetzungen, daß der Präsident wiederholt zur Ruhe mahnen muß. Wir haben das Opfer gebracht, uns an der Regierung zu beteiligen. (Lachen rechts.) Redner bedauert den Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung und hofft, daß sie bald an der Verantwortung wieder mittragen werde. (Auf der U.S.P.: Sie kommen wieder.) Die Angriffe auf meine Partei sind maßlos. Meine Partei steht voll hinter der Erklärung der Regierung.

Württemberg.

Stuttgart, 9. Juli. (Das Betriebsrätegesetz.) Eine Verordnung des Staatsministeriums bestimmt, daß, solange ein Landeswirtschaftsrat nicht erschworen wäre?

Magelone war an einem der westlich gelegenen Fenster stehen geblieben und starrte traumverloren in den Park hinaus, dessen alte Bäume reglos und matt im Sonnenschein dastanden.

Schwül drang die heiße Luft durch das geöffnete Fenster herein. Kein Vogel sang. Am Himmel schienen sich schwere goldumsäumte Wolkenberge in das dunstige Weißblau hinein. Die Sonnenstrahlen hatten einen fahlen stehenden Ton.

„Gewitterstimmung“, dachte Magelone mechanisch und sah abermals auf die Uhr. Erst fünf! Wenn Egon nur das Wetter rechtzeitig bemerkte.

(Fortsetzung folgt.)

richtet ist, zur Erfüllung der diesem im Betriebsrätegesetz zugewiesenen Aufgaben das Arbeitsministerium, und falls dieses selbst am Streik beteiligt ist, das Justizministerium zuständig ist. An Stelle der ebenfalls noch nicht bestehenden Bezirkswirtschaftsräte sind schon durch eine frühere Verfügung die Schlichtungsausschüsse für zuständig erklärt worden.

Stuttgart, 9. Juli. (Für die Kleinrentner.) Bürgerpartei und Bauernbund haben folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung Erhebungen über die Notlage der Kleinrentner zu beantragen und diese aufzufordern, zur Vinderung der Notlage die erforderlichen Schritte einzuleiten.

Stuttgart, 9. Juli. (Der Alkohol.) Der 30 Jahre alte Hilfskassener Eugen Holz von Schödingen hatte am 7. April den ganzen Tag über in einer Reihe von Wirtschaften gezehet und große Mengen deutschen und spanischen Weins, Bier und Most getrunken. Abends geriet er in einer Wirtschaft mit dem 40 Jahre alten Kutscher Johannes Wiedmann in Streit, wobei er diesem mit einem Revolver einen tödlichen Schuß beibrachte. Das Schwurgericht verurteilte Holz zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis.

Tübingen, 9. Juli. (Schwurgericht.) Der Schlosser Adolf Grünwald von Stammheim bei Ludwigsburg, der an dem Raubmord in Dörschelbrunn beteiligt war, wurde zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Sein Genosse ist freiwillig aus dem Leben geschieden.

Rottweil, 9. Juli. (Tuttlinger Krawall.) Als Hauptbeteiligte an dem Krawall gegen die Einwohnerwehre in Tuttlingen am 14. Juli v. J. verurteilte das hiesige Schwurgericht den verh. Schuhmacher Ernst Wiedenmaier und den ledigen Instrumentenmacher Otto Dettlinger zu je 6 Monaten, den ledigen Schuhmacher Adolf Hensler zu 3 Monaten Gefängnis.

Schweningen, 9. Juli. (Zubiläum.) Nicht weniger als 29 Werkführer und Arbeiter konnten dieser Tage ihr Arbeitsjubiläum bei der Firma Kienzle, Uhrenfabrik hier, feiern. Kommerzienrat Kienzle beschenkte jeden Jubilar mit einer Hausuhr.

Marktsheim, 9. Juli. (Zum Weinpreis.) Bei der Weinversteigerung der hiesigen Weingärtnergenossenschaft wurden Preise von 1300 bis 1350 Mk. für das Hektoliter erzielt. Da der Wein unter 1300 Mk. nicht abgegeben wurde, konnten von den ausgeschriebenen 85 Hektolitern nur 39 verkauft werden.

Friedrichshafen, 9. Juli. (Abfertigung von L. 72.) Heute vormittag machte das neueste und größte Zeppelinluftschiff seine erste Probefahrt, leider um in kürzester Wäbe an Frankreich abgeliefert zu werden. Das Schiff fährt die Bezeichnung L. 72 und wurde von der Marineverwaltung seinerzeit noch in Auftrag gegeben. Als die Revolution über Deutschland hereinbrach, war das Schiff erst halb fertig. In der folgenden Zeit wurde es dann vollendet und der Zeppelingeellschaft zurückgegeben, später zwecks Ablieferung vom Reich wieder übernommen. Die Ueberführung nach Maubeuge, wo das Schiff stationiert werden soll, leitet Leutnant Heinen. Die heutige erste Fahrt ist auch bei diesem Schiff, das nun in die Hände des Feindes übergeht, ausgezeichnet verlaufen.

Vom Bodensee, 9. Juli. (Selbstmord.) Die weitere Untersuchung ergab, daß das Mädchen aus Alten, dessen Leiche kürzlich bei Wasserburg aus Land gespült wurde, freiwillig den Tod im See gesucht hat. Sie hat: sich den Stein selbst um den Hals gebunden.

Baden.

Karlsruhe, 9. Juli. Der Bad. Hausfrauenbund richtet an die Landfrauen die Aufforderung, dafür besorgt zu sein, daß Obst, Gemüse und Eier zu billigeren Preisen auf die Stadtmärkte kommen. Erst wenn die Lebensmittelpreise in der Stadt sinken, könnten auch die Preise für die Geräte und die Kleidung, die in der Stadt gekauft werden müssen, billiger werden.

Zeit i. W., 9. Juli. Die Ärzte von Zell, Schönau und Todman erlassen in der hiesigen „Oberländer Tagespost“ eine Anzeige, in der sie mitteilen, daß sie sich infolge der Preissteigerung des Telefons veranlaßt sahen, daselbe am 1. Juli 1920 anzugeben. Bestellungen des Arztes müssen durch die Post erfolgen, nicht durch die Krankenhäuser.

Billingen, 9. Juli. In der früheren Spitalmühle, seit 1885 Sägewerk Storz, brach gestern früh Feuer aus, dem das ganze Anwesen in zwei Stunden zum Opfer fiel. Der Schaden beträgt einige hunderttausend Mark.

Konstanz, 9. Juli. In einer Besprechung der Erzeuger und Händler über den Abbau der Preise wurde laut „Konst. Nachrichten“ mitgeteilt, daß gegenwärtig aus Baden woggenweise Stachelbeeren und Johannisbeeren über Württemberg nach der Schweiz ausgeführt werden.

Konstanz, 9. Juli. Die 27jährige Dienstmagd Stefanie Dymann von Zppingen hat im März 1907 und im September 1919 je ein heimlich geborenes Kind getötet und verbrannt. Das Schwurgericht verurteilte sie zu 4 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

Vermischtes.

Ein Residenzschloß als Kinderheim. Das Residenzschloß des Fürsten von Lippe ist von einer Anzahl von Städten gestiftet worden. In dem Schloß wird ein Kinderheim eingerichtet.

Johann Orth gestorben?? Vor einigen Tagen starb im Hotel National in Rom ein unter dem Namen Mothenberg als holländischer Staatsangehöriger eingeschriebener Gast, der stets zurückgezogen gelebt hatte, keine Biele empfing und ausschließlich deutsche Werke namentlich über den deutsch-französischen Krieg von 1870 las. Eine Persönlichkeit, die ihn ziemlich aus kannte, erklärte, daß der Verstorbene stets eine Medaille mit dem Bildnis der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich trug. Das Blatt „Messager“ verzeichnet das Gerücht, daß es sich um den österreichischen Erzherzog Johann handle, der im Jahr 1899 den Wiener Hof unter dem bürgerlichen Namen Johann Orth verlassen hatte und seither verschollen war.

Ludendorff in Bayern. Die „M.N.“ melden, daß General Ludendorff in Prinz-Ludwigs Höhe bei München ein Landhaus gekauft habe und dort seinen Wohnsitz zu nehmen gedanke.

Ein klassischer Feuerwehrricht. Eine geradezu klassischen Feuerwehrricht hat vor einiger Zeit der Feuerwehrrichtmann einer Ortschaft des Oberrheins an das Bezirksamt gerichtet. Der Bericht lautet: „Das Feuer entstand durch Unvorsichtigkeit des Jakob Nagel oder weil Kinder zum Viehsüttern verwendet wurden. Es laufen verschiedene Gerüchte im Dorfe herum. Der Feuerwehrricht verheißt seinen Weg, denn die Landstraße war sehr benetzt. Der Brandgeschädigte konnte keine Maßnahmen machen, weil er nicht zu Hause war und auch kein Wasser hatte. Der zweite Feuerwehrrichtmann war nicht anwesend, da es bei ihm selbst in der Oberstufe brannte. Anfänglich wurden die Spritzen durch die Laube des Geschädigten gepumpt, später erhielten sie der Pflichtfeuerwehr am Hydrant. Eine Feuerwehrricht kam bis auf einen halben Kilometer an die Brandstätte heran, dort aber wurde sie umgekehrt und nach Hause beordert. Als die Feuerwehrricht von Altenbach erschien, neigte sich der Gipfel des brennenden Hauses und das Gebäude stand mitten in den Flammen. Vieles Kindvieh lief beständig dem Feuer zu, welches eingesperrt wurde. Getretet wurde eine Kommode und eine Kuh, welche gestohlen wurde. Der Brandplatz war durch zwei Gendarmen und eine Laterne erleuchtet. Die Dienstwagen des Geschädigten rettete das nackte Leben im hohen Heub. Ein Feuerwehrrichtmann wurde durch Stachelstämme am Ohr verletzt, welches aber den Helm hinausragte. Der vorgeschriebene Brand hat gelehrt, daß das Spritzenhaus nicht so weit vom Brandplatz entfernt sein soll. Die meisten Pflichtfeuerwehren waren faul und entpuppten sich als Stänker. Der Erfolg der Freiwilligen Feuerwehr war großartig und wurde von allen bewundernswürdigen Einwohnern gefeiert.“

Wiederaufnahme der Seidenraupenzucht. Ein größerer Bestand an alten Maulbeerbäume-Anpflanzungen aus der Mitte der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts am östlichen Ende des Bahnhofs Bechtel bei Peine hat die Eisenbahnverwaltung Hannover veranlaßt, die Zucht der Seidenraupe aufzunehmen. Diese Anpflanzungen blühen bis in die hiesigen Jahre des vorigen Jahrhunderts zur Spelzung einer Zuchtanlage, die der damalige Herzog Wilhelm von Braunschweig unterrichtete. Die Zucht ist in einem zu diesem Zweck hergestellten Schuppen der Bahnmeisterei Bechtel untergebracht. Der Raum hat eine kleine Dampfheizanlage, mit der eine feuchtgefüllte Luft auf etwa 24 Grad Wärme gehalten wird. In diesem Jahr werden folgende etwa 110 000 Eier ausgebrütet werden.

Stinnes und die Presse. Die „Frankl. Ztg.“ teilt gegenüber den Meldungen, daß Hugo Stinnes eine große Zahl von Zeitungen angeschafft habe, berichtend mit, daß Stinnes nur die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Handels- und Industriezeitung“ besitze.

Deutsche Kohlen für die Schweiz. Nach einer Nachricht aus Bern sind Verhandlungen im Gange, wonach von Deutschland 25 000 bis 30 000 Tonnen Braunkohlenkohle bis in die Schweiz geliefert werden sollen.

Preisherabsetzung. Der Grundpreis für das Kilo Benzin ist auf 6.35 Mk. herabgesetzt worden, nachdem er schon am 16. Juni von 8.55 Mk. auf 7.93 Mk. ermäßigt war. Der Preis für das Kilo Benzin wird jetzt für Verbraucher (einschließlich Unkosten) 8 Mk. betragen. Der Petroleumpreis wurde von 5.50 Mk. auf 4.45 Mk. für das Liter ab-Laden des Händlers ermäßigt.

Die Kalkverteilung für Juli, August und September wurde wie folgt beschlossen: Eisen- und Stahlwerke 50 000 Tonnen, Kalkstickstoffabriken 35 800 T., Chemische Industrie 30 000 T., Kolereien und Gasanstalten 4000 T., Landwirtschaft 40 000 T., Baugewerbe 78 000 T., Kalksandsteinfabriken 12 500 T., Schwemmsandfabriken 10 000 T.

Der Steuerabzug.

Durch eine Novelle zum neuen Reichseinkommensteuergesetz hat der Reichstag, wie berichtet, die Bestimmungen über die Steuererhebung durch Abzug vom Arbeitsverdienst auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Der Steuerabzug, der ursprünglich ohne Rücksicht auf die individuellen Verhältnisse einheitlich auf 10 v. H. des ausgezahlten Arbeitsverdienstes festgesetzt war, soll in der gleichen Weise wie der Steuerabzug selbst eine doppelte Staffelung erfahren, nach der Höhe des Einkommens und nach dem Familienstand. Es geschieht dies in der Weise, daß zunächst ein dem steuerfreien Einkommensanteil von 1500 Mark entsprechender Betrag bei der Berechnung des Lohnabzugs außer Ansatz bleibt; im Fall der Berechnung des Arbeitsverdienstes nach Tagen 5 Mk. täglich, beim Wochenlohn 30 Mk., beim Monatsgehalt 125 Mk. Dieser von jedem Abzug freie Betrag erhöht sich für jede zum Haushalt des Arbeitnehmers zählende Person im Sinn des § 20 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes (Ehegatten, Kinder, Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder, soweit sie nicht selbständig zur Steuer veranlagt werden) bei Tagelohn um um 1.50 Mk., bei Wochenlohn um 10 Mk., bei monatlicher Lohnzahlung um 40 Mk. Bei einem verheirateten Arbeiter mit vier minderjährigen Kindern und einem Wochenverdienst von 250 Mk. würde sich die Berechnung also folgendermaßen gestalten: Abzugsfrei bleiben 30 + 5 mal 10 = 80 Mk.; von den restlichen 180 Mk. sind wie bisher 10 v. H. = 18 Mk. vom Arbeitgeber einzuhalten und an die Steuerstelle abzuführen. Arbeitnehmer, die nicht ständig beschäftigt sind, oder deren Erwerbstätigkeit durch das Dienstverhältnis nicht vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, können bei dem Finanzamt die Ausstellung einer Bescheinigung über den Hundertsatz des Arbeitslohns erlangen, der von jedem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen ist. Wird eine solche Bescheinigung nicht vorgelegt, so hat der Arbeitgeber 10 v. H. des Arbeitslohns in Abzug zu bringen. Uebersteigt der Arbeitslohn auf das Jahr umgerechnet und unter Berücksichtigung der eben erwähnten Bestimmungen den Betrag von 15 000 Mk., so gilt für den einzuhaltenden Betrag folgender Tarif: Von 15 000 bis 30 000 Mk. 15 v. H., von da bis 50 000 Mk. 20 v. H., weiter bis 100 000 Mk. 25 v. H., weiter bis 150 000 Mk. 30 v. H., weiter bis 200 000 Mk. 35 v. H., weiter bis 300 000 Mk. 40 v. H., weiter bis 500 000 Mk., 45 v. H., weiter bis 1 Million 50 v. H. und weiter über 1 Mill. 55 v. H. Das Gesetz tritt am 1. Aug. 1920 in Kraft. Die bis dahin einbehaltenen Beträge werden auf die künftig einzubehaltenden Beträge angerechnet.

Sofales.

— **Die Pilze.** Da es nicht selten vorkommt, daß Menschen durch den Genuß von Pilzen sterben, so möge die Mahnung beherzigt werden, daß man Pilze, die man nicht ganz genau kennt, lieber stehen läßt, als sie sammelt. Die giftigen Schwämme unterscheiden sich jedoch von den essbaren durch ihren widerlichen Geruch, der namentlich dann in Erscheinung tritt, wenn man sie zerdrückt. Die essbaren Pilze haben einen würzig aromatischen Duft. Auch an der Blätterbildung sind die giftigen Schwämme erkenntlich. Sie sind meist gerippt, während die essbaren Pilze enggeschlossene Blätter tragen. Im Zweifelsfall lege man die gesammelten Pilze den Wiederläufern vor. Giftige Pilze werden von ihnen nicht berührt, dagegen die essbaren gern genommen.

— **Die Zuckerbewirtschaftung** soll, wie in der Hauptversammlung der Z. Zuckervereinigung mitgeteilt wurde, nach der demnächstigen Auflösung der Reichszuckerstelle in die Hände der Zuckervereinigung gelegt werden.

Zum Zweck der bestmöglichen Ausnützung der Rheinwälderstraße für die Kohlenbeförderung nach Süddeutschland wird bei der Rheinschiffahrt und den Eisenbahnbetriebsleitungen ein besonderer Beauftragter der Reichskohlenstelle bestellt.

— **Preise für Schloffer und Niegel.** Die Vereinigten Gehängfabriken in Düsseldorf haben ihren Verkaufsausschlag auf 225 Prozent herabgesetzt, der Deutsche Niegelverband auf 1000 Prozent. Der Verband Deutscher Hängeschloßfabrikanten hat für seine Erzeugnisse eine Ermäßigung auf 1000—1120 Prozent eintreten lassen. Der Türschloßverband hat den Verkaufsausschlag für Einsteck-Schloßschloffer von 1000 auf 800 Prozent ermäßigt.

— **Vom Garnmarkt.** Der Verkehr am Markt für Baumwollgarn blieb in den letzten 8 Tagen ruhig. Die Webereien lassen jetzt, nachdem die älteren Aufträge meist erledigt sind, vielfach auf Vorrat arbeiten, um ihre Arbeiter weiter beschäftigen zu können. Die Verbraucher beachten nach wie vor Zurückhaltung. Größere Abschlässe kommen nicht zustande.

— **Für Markenjammler.** Ein freihändiger Verkauf von Postwertzeichen der früheren deutschen Postanstalten in China und in der Türkei, französische Währung, findet vom 20. Juli ab beim Briefpostamt in Berlin E. 2 statt. Die Bezugsbedingungen mit Post- und Preisverzeichnis können bei jeder Postanstalt eingesehen, außerdem von der postamtlichen Verwertungsstelle für Markenmarken in Berlin W. 66 gebührenfrei bezogen werden.

Sinweis. Der heutigen Auflage liegt ein Werbeblatt für die Grenz-Spende bei, das wir unseren verehrlichen Abonnenten besonderer Beachtung empfehlen. — Gaben werden von der Expedition jederzeit entgegen genommen, wofür öffentlich quittiert wird.

Mutmaßliches Wetter.

Immer noch überwiegen die Störungen, weshalb auch am Sonntag und Montag zwar sommerlich warmes, aber vielfach gewittriges Wetter zu erwarten ist.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, 11. Juli, 9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. Nachm. 1 Uhr Christenlehre (Töchter): Stadtpfarrer Lofsch. Abends 8 Uhr Bibelstunde: Stadtpf. Lofsch. 2 Uhr Predigt in Sprollenhäuser: Stadtpfarrer Dr. Federlin. Donnerstag, 15. Juli, 4 Uhr nachm. Bibelstunde im Katharinenstift: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 11. Juli, 7 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Predigt und Amt. Montag keine hl. Messe, an den übrigen Tagen 7 Uhr hl. Messe. Beicht: Samstag von 4 Uhr an. Kommunion: Sonntag 6 1/2, 7 und 8 Uhr, Werktagen 6 1/2 Uhr bei der hl. Messe.

Wildbad.

Sitzung des Gemeinderats

am Dienstag, den 13. Juli 1920, nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Besuch der Farrenhalter um Erhöhung ihres Wartgelds.
2. Erhöhung des Schulgelds der Realschule.
3. Neuauflage der Gebühren der Dienstmänner.
4. Besuch der Handwerker um Ueberlassung von Nutzholz zu ermäßigtem Preis.
5. Verschiedenes.

Die Bewerber um eine

Feldschützenstelle

wollen sich binnen einer Woche bei der unterzeichneten Stelle melden.

Wildbad, den 9. Juli 1920.

Stadtschultheißenamt: Bähler.

Kartoffeln.

Am Montag, den 12. ds. Mts. werden von 8 bis 12 und 2—6 Uhr gute ausgelesene Kartoffeln abgegeben zum Preise von 10 Mk. pr. Zentner.

Zuckermarken.

Die Zuckermarken für die Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli sind umgehend abzuliefern.

Leere Kisten.

Einige gute Kisten werden am Montag vormittag 11—12 Uhr abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Forstamt Wildbad.

Nutzholz-Verkauf.

Am Montag, den 12. Juli 1920, vorm. 9 Uhr, kommen auf der Forstamtskanzlei aus Abt. 21 Paulinenhöhe 4 Stück Eichen mit Fm. 0,42 IV., 0,76 V., 2 Stück Birken mit Fm. 0,45 IV., 0,37 V., sowie 1 Kirschbaum mit 0,05 Fm. VI. Kl. öffentlich zum Verkauf.

Gasth. z. grünen Hof ist wieder unter

Nr. 132

an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Blumenkohl, Bohnen, Gurken, Carotten, Obst, Murgtälner Birnchnitze, Tomaten, Weißkraut,

sind eingetroffen bei

Frau Bender.

Wir bieten zu ermäßigten Preisen an:

Überseeischer

Grobschnitttabak

Paket Mk. 5.—

Überseeischer

Mittelschnitttabak

Paket Mk. 5.50.

Zigaretten-Fabrikate

von Salem-Aleikum,

Batschbari, Wallruth und

Walldorf-Astoria von

25 Pfg. an.

Bekannt gute Qualitäts-

zigarren von 60 Pfg.

an pro Stück.

Chr. Schmid & Sohn,

Tabakwarengroßhandl.

König-Karlstr. 68.

Landes-Kur-Theater

Wildbad

Direktion Steng & Krauß.

Samstag nachmittag

Donröschen.

Märchenspiel.

Abends

Am Teetisch.

Lustspiel in 3 Aufzügen

von Karl Sloboda.

Sonntag, den 11. Juli

Die Geisha

oder Die Geschichte eines japanischen Teehauses

Operette in 3 Akten von Sidney Jones.

Montag, den 12. Juli

Willi's Frau.

Heitres Familienstück in 3 Akten von Reimann und Schwartz.

Wir haben der Marktlage entsprechend auf sämtliche Artikel eine **Preislenkung bis zu 25 Proz.** eintreten lassen.

Philipp Bosch Nachf. Wildbad,

Hauptstraße 121.

Tel. 32.

Allen Verwandten und Bekannten geben wir die traurige Nachricht von dem plötzlichen Hinscheiden unserer langjährigen und treuen Angestellten

Frieda Käthe Kimmerle,
Zimmermädchen

geb. 25. 2. 84 zu Schömberg

bekannt.

Hotel Klumpp.

Beerdigung findet Sonntag nachmittag 4 Uhr von hier aus statt.



Haubennetze

in allen Haarfarben sind stets vorrätig bei

Braun & Schlegel,
Friseur,
König-Karlstraße.

Letzte amtliche Kurse

(ohne Gewähr) mitgeteilt von der Direction der Disconto-Gesellschaft Zweigstelle Wildbad

Staatspapiere.		Pfundbriefe.	
5% Deutsch. Reichsanleihe	79.50	4% Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank	103.—
4% dergl.	—	4% Frankf. Hypothekenbk.	100.50
5% L. Deutsche Schatzanw.	100.—	3 1/2% dergl.	89.—
4 1/2% dergl. p. L. 4. 1924	91.—	4% Frkf. Hypoth.-Creditv.	100.—
Deutsche Sparpr.-Anl. 1919	88.—	3 1/2% dergl.	85.—
4% Preuss. Konsols	70.40	Industrie-Obligationen.	
3 1/2% dergl.	60.—	4% Bad. Anilin- u. Sodaf.	112.—
3% dergl.	55.—	5% Chem. Fabr. Griesheim	—
4% Bad. Staats-Anleihe	82.—	4 1/2% Allg. Elektr.-Ges.	104.50
3 1/2% dergl.	75.—	5% D. Uebersee-El.-Ges.	107.—
4% Württ. Staats-Anleihe	87.—	4 1/2% Maschinenf. Essling	102.—
3 1/2% dergl. v. 1875	92.75	4 1/2% M. Hohner A.-G.-Obl.	104.—
3 1/2% dergl. v. 1879/80	76.—	Aktien.	
3 1/2% dergl. v. 1885/90	76.—	Darmstädter Bank	151.—
3 1/2% dergl. v. 1903 u. ff.	71.50	Deutsche Bank	258.—
3% dergl.	74.50	Disc.-Kommandit Anteile	198.50
Städte-Obligat.		Dresdner Bank.	163.25
4% Baden-Baden	—	Bochumer Bergb.-Gusst.	286.—
3 1/2% dergl.	—	Deutsch-Luxemb.-Bergw.	270.—
4% Darmstadt	92.60	Gelsenkirchener Bergwerk	299.—
3 1/2% dergl.	—	Gelsenkirchener Gusstahl	599.—
4% Esslingen	99.50	Harpener Bergbau	304.—
4% Frankfurt a. M.	105.—	Mannesmann	370.—
3 1/2% dergl.	—	Phoenix Bergbau	405.—
1% Freiberg i. Br.	98.50	Allg. Elektr.-Ges.	293.25
3 1/2% dergl.	82.—	Bad. Anilin- u. Sodafabr.	433.—
4% Karlsruhe i. Bad.	95.—	Chem. Fabrik Griesheim	298.—
3 1/2% dergl.	84.—	Daimler Werke	229.—
4% München	101.—	Maschinenfabrik Esslingen	220.—
4% Pforzheim	—	Gebr. Junghans	220.—
3 1/2% dergl.	—	Magirus	207.—
4% Stuttgart	99.50	Siemens u. Halske	299.—
3 1/2% dergl.	85.—	Hamburg-Amerika Pak.	183.—
4% Ulm a. D.	—	Nordd. Lloyd	175.50
3 1/2% dergl.	—	Devisen.	
Pfundbriefe.		Amerika	36.—
4% Württ. Hypothekenbk.	102.—	England	149.—
3 1/2% dergl. - verlosbar	95.—	Frankreich	317.—
3 1/2% dergl. per 1912/15	90.—	Holland	1345.—
3% Württ. Kreditverein	102.50	Sanweiz	680.—
3 1/2% dergl. - ganzjährig	98.50		
3 1/2% dergl. - halbjährig	91.—		

Linden-Kabarett

Wilhelmstrasse 147
Eingang durch den Garten.
Dir.: E. Zengler.
Täglich 8 1/2 Uhr
1. bis 15. Juli

erstklassiges Grosstadt-Programm

Mereny Duo
original bayrischer Schuhplattler.

Stimmungskapelle

Seidel-Grossmann.

Nach Kabarettabschluss:
Tanz.

Jeden Mittwoch Beginn der Vorstellung 8 Uhr Ende 10 Uhr

Herren

Stärke-Wäsche
liefert in 8—10 Tagen

Grosswäscherei

Schorpp.

Annahmestelle:
Witwe Volz
Wildbad

Wilhelmstr. 91.

Gasthaus zur „Krone“, Höfen.

Morgen Sonntag von 2 Uhr ab

Grosse

Tanz-Unterhaltung,

wozu höflichst einladet

Georg Mast, zur Krone.

Schönes hiesiges

Villenanwesen

erste Lage, bestbaul. Zustand ist preiswert zu verkaufen.
Nur ernstliche Reflektanten erhalten Auskunft bei der Redaktion ds. Bl.

